

Der Stadtrat erlässt gestützt auf den Beschluss des Grossen Gemeinderats² vom 11. Dezember 1990 als Reglement:

I. Allgemeine Bestimmungen

Geltungsbereich	<p>Art. 1</p> <p>¹ Die Stadt St.Gallen leistet an Bezüger von AHV-Renten und Ergänzungsleistungen, die sich in einem Heim befinden und deren wirtschaftliche Verhältnisse für den Lebensbedarf nicht ausreichen, städtische Altersbeihilfe.</p> <p>² Es soll damit die Abhängigkeit von der Fürsorge verhindert werden.</p>
Voraussetzungen	<p>Art. 2</p> <p>Der Anspruch besteht, sofern kumulativ folgende Voraussetzungen erfüllt sind:</p> <ul style="list-style-type: none">a) keine Verwandten-Unterstützungspflicht gemäss Art. 328/329 ZGB besteht;b) der Lebensunterhalt mit AHV-Rente, Hilflosenentschädigung, ordentlichen und ausserordentlichen Ergänzungsleistungen sowie weiteren Einkünften nicht gedeckt werden kann;c) das Reinvermögen die Hälfte des für die Anrechnung des Vermögensverzehrs nach dem Bundesgesetz über die Ergänzungsleistungen massgebenden Betrages nicht erreicht;d) der gesetzliche Wohnsitz sich in der Stadt St.Gallen befindet; der Aufenthalt in einem Heim in der Stadt St.Gallen begründet keinen Unterstützungswohnsitz für die Altersbeihilfe.
Ergänzendes Recht	<p>Art. 3</p> <p>Die Berechnung des Einkommens, Vermögens und der Ausgaben erfolgt nach der eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebung über die Ergänzungsleistungen.³</p>

¹ VOS 12, 486

² seit 1.1.2005: Stadtparlament

³ SR 831.30, sGS 351.5

II. Organisation

Verfahren	Art. 4 Das Gesuch ist vom Leistungsempfänger oder seinem gesetzlichen Vertreter bei der AHV-Zweigstelle einzureichen.
Pflichten	Art. 5 Leistungsempfänger und Gesuchsteller haben wahrheitsgetreu und vollständig Auskunft zu erteilen und alle erforderlichen Unterlagen beizubringen. Zudem haben sie alle Tatsachen, die den Anspruch auf die Altersbeihilfe verändern, der AHV-Zweigstelle unverzüglich zu melden.
Verfügung	Art. 6 Die Behandlung des Gesuches und der Erlass der Verfügung erfolgt durch die AHV-Zweigstelle.
Rechtsmittel	Art. 7 Gegen den Entscheid der AHV-Zweigstelle kann beim Stadtrat Rekurs erhoben werden.

III. Leistungen

Ansätze	Art. 8 ¹ Die monatliche Höchstansätze betragen: a) für Einzelpersonen Fr. 2'100.-; b) für Ehepaare Fr. 3'150.-; ² Die Höchstansätze können in begründeten Einzelfällen geringfügig überschritten werden. ³ Im Rahmen dieser Ansätze können auch einmalige Leistungen, z.B. für die Rückerstattung hoher Krankheitskosten, erfolgen.
Rückerstattung	Art. 9 Altersbeihilfe, die trotz fehlender oder nachträglich wegfallender Voraussetzungen bezogen wurden, sind von den Leistungsempfängern oder deren Erben zurückzuerstatten.

IV. Übergangs- und Schlussbestimmungen

Übergangs- bestimmung	Art. 10 Altersbeihilfen, deren Höhe aufgrund der Durchführungsbestimmungen vom 11. Dezember 1990 festgelegt worden sind, werden spätestens ab 1. Juli 1992 nach Massgabe dieses Reglements berechnet.
Aufhebung bisherigen Rechts	Art. 11 Die Durchführungsbestimmungen für die städtische Altersbeihilfe und die Pro Senectute-Leistungen aus Art. 10/11 ELG ¹ vom 11. Dezember 1990 werden aufgehoben.
Inkrafttreten	Art. 12 Dieses Reglement tritt rückwirkend auf den 1. Januar 1992 in Kraft.

St.Gallen, den 28. Januar 1992

Der Stadtammann²:
Christen

Im Namen des Stadtrats
Der Stadtschreiber:
Bergmann



¹ SR 831.30

² seit 1.1.2001: Stadtpräsident